

Globale Verantwortung vor Ort – Bremen entwickeln!

Forderungspapier des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. (BeN) an die Landespolitik für die kommende Legislaturperiode 2023 bis 2027

Das Land Bremen ist seit mehr als vier Jahrzehnten in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit tätig und hat wichtige Impulse gesetzt. Dieses Engagement unterstreichen die regelmäßige Verleihung des Bremer Solidaritätspreises seit 1988, die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit und die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit im Land Bremen. Durch die Implementierung der ILO-Kernarbeitsnormen in die öffentliche Auftragsvergabe hat Bremen früh eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. Ein wichtiges Dokument sind zudem die entwicklungspolitischen Leitlinien, die in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft formuliert wurden und regelmäßig vom Senat fortgeschrieben werden.¹

Um in Zukunft der Verantwortung nachkommen zu können, das Land Bremen nachhaltig zu entwickeln, erwarten die im Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk e.V. (BeN) organisierten 31 Organisationen (inkl. 67 assoziierter Gruppen) von der Bremischen Bürgerschaft und vom Senat weitere Anstrengungen und Veränderungen in folgenden Bereichen:

Entwicklungspolitik und zivilgesellschaftliches Engagement

Die personelle und finanzielle Ausstattung des EZ-Bereichs des Landes muss erhalten bleiben und perspektivisch ausgebaut werden. Darüber hinaus ist das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Wir fordern daher:

- *Einrichtung eines Bremer Eine-Welt-Zentrums, das „Bremen Global Hub“.²*
- *Die Verstetigung und Ausweitung des Kleinprojektfonds „Bremer Förderung von entwicklungspolitischen Kleinprojekten im Globalen Süden“ (BreGlob).*

¹Die letzte Fortschreibung fand im August 2022 statt, siehe auch: http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2022-08-23_Drs-20-1551_4cb9b.pdf

²Angelehnt an das Projekt „Berlin Global Village“, siehe auch: <https://www.berlin-global-village.de/>

- *Die Ausweitung des Promotor*innen-Programms von vier auf insgesamt fünf volle Stellen für Bremen und Bremerhaven ab 2023. Die neue Stelle soll bundesweit erstmalig zum Thema „Teilhabe behinderter Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit“ arbeiten.*
- *Fortführung des Jungen entwicklungspolitischen Forums (Jep) in zivilgesellschaftlicher Hand, um partizipative Strukturen für Jugendliche und junge Erwachsene in entwicklungspolitischen Prozessen zu schaffen.*
- *Eine Basisförderung aus Landesmitteln für das entwicklungspolitische Landesnetzwerk.*

Globale Entwicklungspartnerschaft und Verantwortung des Globalen Nordens

Mit ihrer großen Nähe zu Bürger*innen, Wirtschaft und anderen wichtigen Stakeholdern sind die Bundesländer und Kommunen elementarer Bestandteil globaler Entwicklungspartnerschaften. Damit die Länder des Nordens ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen und einen entsprechenden Bewusstseinswandel herbeiführen können, sind die Aktivitäten Bremens im Bereich der Nord-Süd-Solidarität - Austausch, Unterstützung, gemeinsames Lernen - beizubehalten bzw. auszubauen.

Wir fordern daher:

- *Formulierung einer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Sustainable Development Goals mit festgelegten Zielvorgaben und Indikatoren und Weiterentwicklung des SDG-Haushalts.*
- *Fortführung und Ausweitung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Nachwuchskräften im Gesundheitssektor und Verbesserung der Diagnostik von Infektionskrankheiten mit den Partnerstädten.*
- *Organisation eines regelmäßigen Süd-Nord-Austauschs, insbesondere von jungen Menschen aus den Partnerstädten, um die Lücke zum etablierten Nord-Süd-Austausch zu schließen.*
- *Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte Bremer Museen in enger Zusammenarbeit mit den Herkunftsgesellschaften und Rückgabe von Exponaten aus kolonialen Kontexten.*

Steuernummer: 60 / 145 / 09508

Registriert beim Amtsgericht Bremen: VR 7223 HB

Konto: Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. | GLS Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE92 4306 0967 2028 6333 00

1. Vorsitzende: Emma Schwiddessen

Lobbyregisternummer für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: R003115

Klimagerechtigkeit

Das Land Bremen muss seiner Verantwortung für globale Klimagerechtigkeit nachkommen. Die Beschlüsse der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“³ sind konsequent umzusetzen.

Wir fordern daher:

- *Ergebnisoffen zu prüfen, ob klimapolitische Investitionen des Landes Bremen nicht zu einem größeren CO2-Einspareffekt führen, wenn sie – zumindest zum Teil – im Globalen Süden, etwa in den Partnerstädten, eingesetzt werden. Dieses strategische Vorgehen fußt auf dem Bewusstsein, dass es sich bei der Bewältigung der Klimakrise um eine globale Aufgabe handelt. Langfristig gilt es Klimaneutralität im Land Bremen zu erreichen.*
- *Finanzielle Mittel für Projekte mit Partner*innen im Globalen Süden für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen. 5% aller Landesmittel, die bis 2030 in Bremen und Bremerhaven für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgegeben werden, sollten daher entwicklungspolitische Auslandsprojekte mit diesen Schwerpunkten fördern.⁴*
- *Einen Ideenwettbewerb „Klima goes South – Klimaschutz- und -anpassung in Projekten im Globalen Süden etablieren“ zu fördern, um Bremer Eine Welt-Gruppen und migrantisch-diasporische Akteur*innen bei der Durchführung von Klimaanpassungs- und Klimaschutzprojekte mit ihren Partner*innen im Globalen Süden zu unterstützen. Hierbei kann auf die Erfahrung bei der Durchführung der „Corona-Soforthilfe“ für Projekte in Ländern des Globalen Südens zurückgegriffen werden, die 2020 von der Senatskanzlei finanziert wurde.*

Friedenspolitische Maßnahmen, Rüstungskonversion und Stopp von Rüstungsexporten

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ohne jegliche Einschränkung. Russland bringt durch seine militärische Eskalation unnötiges Leid über die Menschen in der Ukraine und schafft neue sicherheitspolitische Spannungen auf der ganzen Welt. Aufrüstung trägt jedoch – trotz des Grundgedankens der Verteidigung –

³Siehe auch S. 291 : http://www.bremische-buergerschaft.de/presse/EK/Abschlussbericht_Enquetekommission_Bremen.pdf

⁴Beispielhafte Projekte werden durch die Handreichung „Klimaprojekte im Globalen Süden“, welche von der Bremer Fachpromotorin „Umwelt, Klima, Wasser“ erstellt wurde veranschaulicht: https://ben-bremen.de/wp-content/uploads/2021/11/Handreichung-Klimaprojekte-im-Globalen-Sueden_BORDA_2021.pdf

zur Zementierung militärischer Konflikte bei und schafft keinen langfristigen Frieden. Politische Bemühungen zum Stopp von Rüstungsexporten tragen zu zukunftsfähiger Entwicklung bei und müssen durch Maßnahmen der Rüstungskonversion in Bremen strukturell gestützt werden.

Wir fordern daher:

- *Den Stopp aller Rüstungsexporte, besonders über bremische Häfen, bei gleichzeitigen substantiellen Anstrengungen zur Rüstungskonversion, gerade auch auf Bundesebene.*
- *Maßnahmen zur Eindämmung und perspektivischen Abschaffung der militärischen Forschung an Hochschulen.*
- *Aufnahme von Deserteur*innen, sowie von Personen, denen der Militärdienst droht und die diesen verweigern. Letzteres betrifft z.B. Personen, die bereits in Bremen leben und zur Ableistung ihres Militärdienstes im Heimatland aufgefordert werden.*
- *Unterstützung ziviler und nicht-militärischer Maßnahmen zur Beilegung von Konflikten sowie Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung; z.B. durch die finanzielle und institutionelle Förderung von Initiativen der Friedensbildung.*

Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten bzw. Personen mit Migrationsgeschichte

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass Bremen die personellen, finanziellen und sozialen Ressourcen hat, um kurzfristig eine große Anzahl Geflüchteter aufzunehmen. Neben der konsequenten Bekämpfung von Fluchtursachen sind die Bedingungen für hier lebende Geflüchtete zu verbessern.

Wir fordern daher:

- *Das Engagement des Landes Bremen für eine weiterhin großzügige Aufnahme von Geflüchteten, die Abschaffung der Residenzpflicht und eine dauerhafte Bleiberechtsregelung.*
- *Deutschlandweite Gleichstellung der Bewertung von Urkunden (wie z.B. Geburtsurkunden) aus allen nicht-deutschen Staaten.*

- *Gleichbehandlung aller aus der Ukraine geflohenen Menschen (Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG), also auch für Personen, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen und sich aufgrund von Arbeits- und Studienaufenthalten vor Ort aufhielten.*
- *Deutliche Ausweitung der kostenlosen medizinischen Versorgung im Rahmen der Humanitären Sprechstunde.*
- *Anerkennung von „Klimaflucht“ als Asylgrund.*

Einbeziehung von Menschen mit Migrationsgeschichte

Das Land Bremen sollte die migrantische Diaspora weiterhin dabei unterstützen, sich in entwicklungspolitische Prozesse einzubringen. Es sollten strukturelle Barrieren abgebaut werden, damit die Organisationen ihre Kompetenzen einbringen können.

Wir fordern daher:

- *Finanzielle Förderung für zivilgesellschaftliche migrantisch-diasporische Organisationen im entwicklungspolitischen Sektor.*
- *Bereitstellung von Mitteln für zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Projekte im Globalen Süden, z.B. im Rahmen der Aktivitäten „Faires Wirtschaften“ des Bremer Senats.*

Faires und zukunftsfähiges Wirtschaften

Unsere bisherigen Lebens- und Wirtschaftsweisen, einschließlich des Konsumverhaltens, sind nicht nachhaltig, da sie oft mit einem immensen Ressourcenverbrauch und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen einhergehen. Die Themen „Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten“, „nachhaltiger Konsum“ und „Fairer Handel“ sind daher insbesondere für ein von Häfen und vom Ex- und Import geprägten Bundesland von essentieller Bedeutung.

Wir fordern daher:

- *Erstellung eines Aktionsplans um Verstöße menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten beim Im -und Export über Bremer Häfen zu verhindern. Hierzu gehören Risikoanalysen bezüglich bestimmter Güter (z.B. Agrar- und Bergbauprodukte oder Elektroschrottexporte), Beweissicherung und die Kontrolle der einzuhaltenden Sorgfaltspflichten, ggf. in enger Kooperation mit Bundesbehörden.*
- *Unterstützung der Bremer Wirtschaft bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.*
- *Die Förderung und Bereitstellung von Verbraucher*innen-Informationen zu Nachhaltigem Konsum und die Förderung von Initiativen und Projekten, die sich nachhaltigen Lebens- und Konsumweisen widmen.*

Arbeiten auf See und Schutz der Ozeane

Mit der weltweiten ökonomischen Erschließung und Nutzung der Ozeane sind Fragen der Ernährungssicherung, des Meeresschutzes, des Seerechts, der Rohstoffförderung und der Arbeitsrechte auf See für das Nord-Süd-Verhältnis und eine kohärente Entwicklungspolitik von wachsender Bedeutung. Bremen als wichtiger maritimer Standort hat hier eine besondere Verantwortung.

Wir fordern daher:

- *Die faire und nachhaltige Gestaltung der Fischereiwirtschaft und Nutzung der natürlichen Ressourcen in der Hochsee sowie ein starkes Engagement Bremens in Bezug auf entwicklungsbezogene meerespolitische Fragen - auch hinsichtlich der EU-Fischereipolitik.*
- *Überwachung der Arbeitsrechte von Arbeiter*innen in der internationalen Seeschifffahrt durch Bremer Behörden, wie vom Bündnis „Fair übers Meer“ gefordert und wie in internationalen Abkommen geregelt.*
- *Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu maritimen Themen mit entwicklungspolitischem Bezug, wie beispielweise regelmäßige Fachveranstaltungen in Bremen.*

Bildung für Nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen

Bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung nimmt Bildung einen zentralen Stellenwert ein - in der KiTa, der Schule, der Aus- und Weiterbildung und der informellen Bildung. Die bisherigen Aktivitäten Bremens müssen verstärkt und verstetigt werden.

Wir fordern daher:

- *Die Verankerung des Konzepts der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Bremer Bildungsplänen, in der Lehrer*innenaus- und fortbildung sowie in den Schulprogrammen.*
- *Die aktive Einbindung der Kompetenzen von NROs in die frühkindliche, schulische und außerschulische Bildungs- und Informationsarbeit durch die Bereitstellung ausreichender Mittel.*
- *Erarbeitung eines postkolonialen Erinnerungskonzepts, unter Einbeziehung der migrantischen Diaspora, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.*

Kohärenz

Für die Gestaltung einer nachhaltigen, globalen Entwicklung für die Welt der Zukunft ist die intensive Abstimmung verschiedener Politikfelder unerlässlich. Die in den entwicklungspolitischen Leitlinien formulierten Ziele müssen mit allen betroffenen Ressorts abgestimmt und umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Erfüllung der Leitlinien sowie auch für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele liegt nicht alleine bei der EZ-Abteilung des Landes Bremen, sondern betrifft den gesamten Senat, der sich für eine zukunftsfähige Entwicklung Bremens einsetzen muss.

Wir fordern daher:

- *Die Anerkennung von Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe und die Bereitstellung von Finanzen durch alle Ressorts.*
- *Sofern die Forderungen auf kommunaler Ebene in Bremen bzw. Bremerhaven umzusetzen sind, müssen die notwendigen Mittel durch den Senat bereitgestellt werden.*

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk e.V.

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) ist der Dachverband von über 30 entwicklungspolitischen Initiativen, Vereinen und Gruppen, die sich auf Bremer Landesebene in unterschiedlicher Weise für Globale Gerechtigkeit einsetzen.

Ziel des BeN ist es, als Bindeglied zwischen den Eine-Welt-Akteur*innen, deren Positionen und Forderungen in die Politik sowie in die Öffentlichkeit zu tragen und so ihr oft ehrenamtliches Engagement sichtbar zu machen.

Durch vielfältige Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Bremen arbeitet das BeN darauf hin, globale Probleme aufzuzeigen und nach entsprechenden Lösungen zu suchen. Für das BeN bedeuten „Entwicklungspolitik“ und „Entwicklungszusammenarbeit“, dass wesentliche (Denk-)Prozesse, Aktivitäten und Veränderungen in diesem Themenfeld auch im Globalen Norden stattfinden müssen - vor der eigenen Haustür. Aus diesem Grund führt das BeN Projekte und Aktionen in Bremen durch, um entwicklungspolitische Debatten vor Ort anzuregen und auf sie Einfluss zu nehmen - im Sinne eines gerechten, fairen und nachhaltigen Globalen Miteinanders.